

Die Lebensmittelbewegung Wiens.

Die Brotnot steigt.

Auch gestern stand Wien wieder unter dem Zeichen des Kampfes ums Brot, eines nicht bildlichen, sondern an manchen Wiener Verkaufsstellen wirklich körperlichen Kampfes um die Brotlaibe, die in zu geringen Mengen auf den Markt gekommen sind. Die Ursachen dieser Erscheinung sind von der Arbeiter-Zeitung zum Ueberdruß oft erörtert worden; es gilt im allgemeinen, heute die Erscheinungen selbst festzuhalten. Voraus müssen wir aber einiges schieben. Selbst diese Zustände finden noch ihre Verteidiger oder mindestens Leute, die sie beschönigen wollen. Dazu gehört die „Reichspost“, die in ihrem gestrigen Abendblatt entgegen der Wahrheit feststellt, daß die „Zurückziehung“ der bekannten Statthaltereiverordnung heute bereits erprießliche Folgen gezeitigt habe, daß die Betriebe der Bäcker mit größtem Nachdruck arbeiten und daß man heute schon wieder Brot in Verkaufsstellen erhalten konnte. Das ist nicht die Wahrheit. Im Gegenteil ist richtig, was auch das Abendblatt des eigentlichen Regierungsorgans, des „Fremdenblattes“, feststellt, daß die Brotnot in Wien steigt. Die „Reichspost“ will Wien einfluten und schiebt den Hausfrauen selbst die Schuld an den augenblicklichen Zuständen zu, indem sie schreibt: „Was soll denn anders die Folge sein, wenn Hausfrauen zehn Kilogramm Brot und dreihundert Semmeln vorkaufen? Die Ware verdorbt und der Mangel ist künstlich geschaffen.“ So liegen die Dinge nicht, es war keine Hausfrau in ganz Wien so dumm, zehn Kilogramm Brot zu Hause alt werden zu lassen und steinhart, und auch keine hat sich dreihundert Semmeln in Vorrat genommen. Richtig ist vielmehr das, was das „Fremdenblatt“ als Ursache anführt, welches Regierungsblatt sehr deutlich zur Regierung spricht. Es sagt: „Allgemein wird die Klage laut, daß diese trübe Situation nur durch zwecklose unvernünftige Zwangseinkäufe vieler verschuldet worden sei. Damit müßte aber von vorn herein gerechnet werden und eben deshalb hätte in verständiger Voraussicht des Kommenden das unbedingt Nötige, nämlich die planmäßige Verteilung der vorhandenen Mehlbestände schon längst früher verfügt werden müssen.“

Mit den Zwangseinkäufen meint das „Fremdenblatt“ gleich der „Reichspost“ Voreinkäufe, aber hoffentlich nicht an Brot und Semmeln, die dem Verderben so rasch ausgesetzt sind, sondern an Mehl. Es ist vollkommen richtig, daß sich viele Wiener mit Mehlvorräten über 20 Kilogramm vorgesehen haben. Die Zahl dieser ist gar nicht klein. Das sind aber nur Vorräte an Mehl. Von diesen wird wohl das „Fremdenblatt“ sprechen und es ist richtig, daß mit diesen Vorratskäufen gerechnet werden mußte. Richtig auch die Schlussfolgerung, die das Regierungsblatt der Regierung unter die Nase reibt. Die planmäßige Verteilung der vorhandenen Mehlbestände hätte, was die sozialdemokratische Partei und ihre Wortführer in der Gemeinde und im Abgeordnetenhause und die Arbeiter-Zeitung schon seit Oktober fordern, schon längst früher verfügt werden sollen.

Mit dieser Feststellung kommen wir aber ebenso wenig über den Augenblick hinüber wie mit dem leichtfertigen Trost, den die „Reichspost“ diesen Erscheinungen gegenüber für die Wiener bereithält. Es ist nur ein augenblicklicher Ansturm, der vorübergehen wird, nur keine Angst, so etwas haben wir früher schon auf dem

Eiermarkt erlebt und wir werden es vielleicht auch noch auf dem Fleischmarkt erleben. So gemächlich kann man die Dinge nicht ansehen. Ob die Bevölkerung einer Stadt von zweieinviertel Millionen Einwohnern das tägliche Brot alle Tage in den üblichen Verkaufsstellen vorfindet oder nicht, das ist eine Sache, die in das ganze Wirtschaftsleben einschneidet, und sie wird um so ernster, je mehr auch die Preise für die anderen Lebensmittel in stetem Steigen begriffen sind. Es ist darum nötig, völlig leidenschaftslos zu untersuchen, ob diesen Erscheinungen im Augenblick und für die Zukunft abgeholfen werden kann. In diese zwei Gruppen müssen sich die Maßnahmen scheiden, die getroffen werden.

Was muß für den Augenblick geschehen?

Für den Augenblick stehen die Dinge so, daß die Zufuhren an Mehl nach Wien zu gering sind, als daß mit den bisher üblichen Mitteln des Warenverkehrs alle Bäckermeister rechtzeitig mit den genügenden Mengen von Mehl versorgt werden könnten. Die Wirkungen sind Betriebseinschränkungen und Betriebseinstellungen, des weiteren das Fehlen von tausenden Zehntausenden Brotlaiben, die täglich Wien braucht. Kann sich der Bäcker von dem Mehlhändler nicht das Mehl verschaffen, dann tritt an die Stadtverwaltung die Pflicht heran, die Bäcker mit solchen Mengen Mehls zu versorgen, als für den Augenblick nötig ist. Kann das die Stadt? Sie kann es, weil sie in richtiger Voraussicht des Kommenden schon zu Beginn des Krieges Borräte eingestellt hat, die für Zeiten der Not herangezogen werden können. Eine solche Zeit der Not ist nun über Wien hereingebrochen. Die Stadt Wien hat im städtischen Lagerhaufe etwa tausend Waggons Mehl eingelagert. Tausend Waggons Maismehl sind schon „auf dem Wege“, das heißt, wenn wir ganz genau sein sollen, sie sollten schon geliefert sein, aber sie sind noch nicht eingetroffen. Immerhin hat die Gemeinde Wien heute schon solche Borräte der verschiedenen Mehle, daß sie Mischmehl in der erforderlichen Menge für die nächsten Wochen an die Bäckermeister abgeben kann. Wie wir wissen, ist die Gemeinde Wien auch schon weitere Schlüsse auf ziemlich große Mehlmengen eingegangen, sie hat Aussicht, auch über diese 2000 Waggons hinaus noch eine ungefähr gleich große Mehlmenge zu bekommen. Im übrigen ist sie bestrebt, weiter zu kaufen. Rechnen kann die Gemeinde aber selbstverständlich nur mit den Mengen, die sie bereits eingelagert hat oder die für sie ohne die Gefahr, daß sie beschlagnahmt werden, rollen, das heißt die Gemeinde kann gegenwärtig nur mit 2000 Waggons Mehlvorrat rechnen. Verbraucht sie diese, der augenblicklichen Not gehorchend, dann kann in wenigen Wochen ein viel schlimmerer Zustand eintreten, nämlich der, daß auch der eiserne Bestand der Gemeinde Wien aufgebraucht ist und daß die Mehleinfuhrungen nach Wien dem Bedarf auch nicht annähernd genügen.

Was erfordert die dauernde Vorsorge?

Daraus ergibt sich aber, daß die Gemeinde Wien über die augenblicklichen Verpflichtungen hinaus noch die Pflicht für dauernde Vorsorge hat. Wie steht es um diese? Wir haben von heute, den 20. März, bis zum 1. August, an welchem Tage man mit dem neuen Mehl rechnen kann, noch 133 Tage. Wien hat gegenwärtig rund zweieinviertel Millionen Einwohner. Rechnet man für jeden Tag die Menge für Berlin und das Deutsche Reich bestimmte Verbrauchsmenge von 200 Tagesgramm für jeden Einwohner auch für Wien, so ergibt sich, daß Wien 6000 Waggons Mehl von 20. März bis zum 1. August brauchen würde, um für jeden täglich Brot und Mehl in den bescheidenen Mengen, wie sie Deutschland bestimmt hat, übrig zu haben. Wir haben gehört, daß Wien heute etwa über ein Drittel dieser Menge verfügt, daß ein zweites Drittel fest abgeschlossen ist und daß nach einem starken dritten Drittel gefahndet wird. Die Kaufaufträge sind gegeben. Fest gerechnet kann also auch für die Dauer nur mit den vorhandenen 2000 Waggons werden, das heißt, hätte die Stadt Wien allein gegenwärtig die ganzen Wiener zu versorgen, so würden die Borräte für 43 Tage reichen, also etwa bis zum 1. Mai. In den Monaten Mai, Juni und Juli hätte aber Wien kein Mehl, kein Brot. Dieser Zustand darf gewiß nicht eintreten, ihm gilt es vorzubeugen und ihm gilt auch wirklich die Sorge der